

schmälern jedoch nicht die Leistung von Diether Koch, der in einer sehr materialreichen Studie die deutschlandpolitische Konzeption und die Aktivitäten Heinemanns in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren untersucht.

Die Ausgangsfrage nach den Erklärungselementen für politisches Handeln ist von Werner Koch und Diether Koch in gleicher Weise beantwortet worden: Heinemanns Weg als Politiker ist von seinem Engagement als evangelischer Christ nicht zu trennen. Er lebt aus seinem christlichen Glauben, und nach seinem Verständnis gibt es keine Trennung von Glaube, Politik und privater Existenz. Beide Autoren verbinden mit der ›Erklärung‹ der Persönlichkeits- und Handlungsstruktur Heinemanns auch eine Rechtfertigung seines Wirkens, das wiederum aus der Sicht der siebziger Jahre deutlich als vorbildlich für eine demokratische Existenz in der BRD herausgestellt wird. Diesem Urteil schließt sich auch Joachim Braun in seinem Buch an¹⁸.

Die Veröffentlichung von Braun ist eine Zwischenbilanz der Präsidentschaft von Gustav W. Heinemann. ›Unbequem‹ ist der Präsident einmal deshalb, weil er den Bürger dazu zwingt, seine Vorstellung von einem Staatsoberhaupt zu ändern. Andererseits setzt Heinemann in seinen Erklärungen und Aktivitäten Akzente, die mit dazu beitragen sollen, demokratische Alternativen sichtbar und durchsetzbar zu machen. Neben einer Skizze über die Herkunft und die politische Entwicklung des Präsidenten enthält die Studie ein Persönlichkeitsbild Heinemanns und ein Tätigkeitsprotokoll über einen Tag in der Amtszeit des Bundespräsidenten. Dafür hat der Autor den Tag des Mißtrauensvotums gegen den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt ausgewählt.

Die wichtigsten Erklärungselemente für die Beschreibung des Handelns von Präsident Heinemann sieht Braun wie Werner und Diether Koch. »Politik ist also für Heinemann ein weltliches Geschäft. Die christliche Verantwortung, aus der er sie betreibt, diktiert nicht die Entscheidung von Einzelfragen. Zu Einzelfragen kann es unter Christen selbstverständlich Meinungsunterschiede geben. Bei ihnen sind Kompromisse oftmals notwendig. Die Grenze der Kompromißbereitschaft ist für Heinemann erst dort erreicht, wo das Gewissen sein Recht fordert«¹⁹.

Die drei Studien sind Beiträge zu einer Biographie über den Politiker Gustav W. Heinemann. Die teilweise zu starke Identifikation der Verfasser mit der Person Heinemanns verringert die Möglichkeit und die Fähigkeit zu kritischer Distanz, die auch und gerade der Biograph beachten muß.

Kurt Schmitz

Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland (= Hoffmann und Campe Reader), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1973, 597 S., Pb., 29,80 DM.

Mit diesem Reader wird versucht, einen Überblick über die wichtigsten Probleme des modernen politischen Parteiwesens in der Bundesrepublik Deutschland zu geben. Flechtheim legte bei seiner zwangsläufig exemplarischen Auswahl Wert darauf, in erster Linie Selbstzeugnisse der Parteien heranzuziehen. Insgesamt werden 124 Dokumente abgedruckt, zum Teil auszugsweise und nicht ohne editorische Mängel (vgl. etwa die fehlende Datierung bei der Wiedergabe von Auszügen aus dem Grundsatzprogramm der Jungen Union, S. 475 ff.). Die Systematik ähnelt weitgehend derjenigen, in die Flechtheim seine monumentale Sammlung »Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945« (1962–1971) gliederte. Der Reader enthält fünf Hauptgruppen, denen jeweils eine Einführung von etwa zehn bis zwanzig Seiten vorausgeschickt ist: I. Porträt der Partei und des Parteiensystems (Entstehung, Entwicklung und Problematik); II. Programmatik; III. Rechtsstellung (Parteiengesetz, Satzungen usw.); IV. Binnenstruktur (Mitgliederbewegung

18 *Ebda.*

19 *Ebda.*, S. 34 f.

und Sozialstruktur, Willensbildung und innerparteiliche Demokratie, innerparteiliche Auseinandersetzungen); V. Finanzierung, Pressure Groups und zwischenparteiliche Beziehungen.

Es hätte einen guten Sinn gehabt, wenn es Flechtheim um nicht mehr und nicht weniger als eine aktualisierende Ergänzung der zitierten »Dokumentation zur parteipolitischen Entwicklung ...« gegangen wäre. Aber er hatte, wie diverse Rückblenden zeigen, offenbar weitgespannte Absichten, die auch auf eine Verdeutlichung historisch-prozessualer Zusammenhänge hinausliefen. Und an dieser Stelle müssen kritische Bedenken aufkommen. Es wird nicht klar, nach welchen Maßstäben und Zweckvorstellungen Flechtheim die Dokumentenauswahl im einzelnen getroffen hat. Worin z. B. liegt der Sinn der anscheinend zum Vergleich auffordernden Gegenüberstellung von Dokumenten, die sich teilweise auf ganz unterschiedliche Perioden beziehen und in ihrem repräsentativen Charakter nicht auf gleicher Ebene liegen: Richard Petrys (i. e. Peter von Oertzens) SPD-Analyse von 1954, eine aus dem Jahre 1972 stammende offizielle Selbstdarstellung der FDP, Walter Dirks' Abhandlung über die CDU von 1953, Sebastian Haffners auf die Unionsparteien bezogener Wahlkommentar vom November 1972 und Alf Mintzels Originalbeitrag über die CSU? Welche Gründe mögen den Herausgeber zur Aufnahme des Adenauer-Leserbriefes an »Neues Deutschland« vom 14. 6. 1946 in den Abschnitt »Programmatik« (!) bewogen haben, oder zum Abdruck des Aufrufes des Berliner SPD-Zentralausschusses vom 15. 6. 1945, während keine einzige der programmatischen Äußerungen Kurt Schumachers von 1945/46 dokumentiert wird? Schlechthin unverständlich ist die Wiedergabe der Berliner »Tips für Erstwähler« vom März 1971. Dies sind nur einige wenige Beispiele für den nicht einmal in Umrissen erkennbaren Auswahlmodus und für die Disparatheit des Materials.

In den Einführungen finden sich ebenfalls manche Merkwürdigkeiten. Da ist vom »recht ›neoliberale[n]‹ Godesberger Programm« die Rede (S. 23) und vom Bestreben der SPD nach 1959/60, »nun als Volkspartei die Wähler davon zu überzeugen, daß sie die Bundesrepublik wenn auch nicht so qualitativ anders, so doch quantitativ besser regieren würde als die CDU/CSU« (S. 23 f.). Der SPD von 1945/46 wird in souveräner Mißachtung der energischen Volksparteiambitionen Schumachers und anderer prominenter Sozialdemokraten und mit zumindest schiefer Interpretation der Klassen- und Klassenkampfanalysen des damaligen Parteivorsitzenden folgende Strategie unterschoben: »Die Sozialdemokratie ist eine Arbeiterpartei, und nur die Arbeiterklasse – die Hausmacht der SPD – kann durch den Klassenkampf – die große gesellschaftliche Tatsache – die klassenlose Gesellschaft verwirklichen« (S. 142). In der Einführung zum Programmatik-Teil vermißt man jegliche Differenzierung zwischen den einzelnen Programmtypen (Grundsatz-, Aktions-, Regierungs- und Wahlprogramm).

Abschließend ist zu sagen, daß der Herausgeber und Autor die im Vorwort beschriebene Aufgabe, eine »einigermaßen angemessene Dokumentation einer so komplexen Erscheinung, wie sie die westdeutschen Parteien über einen Zeitraum von mehr als einem Vierteljahrhundert sowohl in sich wie auch in ihren Beziehungen zueinander und zur Außenwelt darstellen, in einem Band zusammenzudrängen« (S. 11), nicht überzeugend gelöst hat.

Kurt Klotzbach

Ulrich Buczyłowski, Kurt Schumacher und die deutsche Frage. Sicherheitspolitik und strategische Offensivkonzeption vom August 1950 bis September 1951 (= Zeitpolitische Schriftenreihe, Bd. 13), Seewald Verlag, Stuttgart-Degerloch 1973, 228 S., kart., 18 DM.

Der Verfasser stellt sich die Aufgabe, Schumachers deutschland- und sicherheitspolitische Konzeption für die Zeit vom parteipolitischen Wiederbeginn 1945/46 bis zum Tode des SPD-Führers im August 1952 herauszuarbeiten. Das Interesse richtet sich vornehmlich auf die dem Ausbruch des Koreakrieges folgende Periode. Vorwegnehmend konstatiert Buczy-